

Wir in Reinickendorf

Gemeinsam gegen den braunen Ungeist. Noteingang Roter Laden.

PDS Reinickendorf. Ausgabe März 2001

Borsigwalder Forum im März und April



Von Robert Scholz

Die Reihe zur programmatischen Debatte linker Parteien wird fortgesetzt. Am 13. März um 19.00 Uhr besteht die Chance, mehr über den Weltsozialgipfel in Porto Alegre zu erfahren. Dr. Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird darüber berichten. Dabei wird er die unterschiedlichen Sichtweisen über die Wege zur Sozialen Gerechtigkeit im satten Teil Europas und in den hungrigen Teilen in Lateinamerika und Afrika darstellen. Ja, vielen hier bei uns geht es schlecht. Viele hier bei uns sind voller Wut und Verzweiflung darüber. In der sogenannten »Dritten Welt« aber gibt es einen anderen Blick auf die sozialen Katastrophe, die Ergebnis der Globalisierung ist.

Und der Kampf dagegen muss auch hier geführt werden. Wie wir unsere Ohnmacht überwinden können, dazu spricht ein Vertreter von b21 am 3. April 2001 um 19.00 Uhr im Roten Laden. Die Veranstaltung trägt den Titel: »Unter Geiern: Kapitalgetriebene Globalisierung und sozialer Widerstand – Das Beispiel ATTAC!« In Frankreich hat sich diese Bewegung von unten gebildet. Jungen Menschen ist es gelungen, den Kampf gegen den angeblichen Zwang der Verhältnisse wirkungsvoll zu organisieren. Werfen wir also einen Blick auf die französischen Verhältnisse. Solidarität ist immer international, nie national!

Infos unter www.pds-reinickendorf.de



Keine Toleranz für Faschisten und Rassisten!

Foto: Carlos Kalins

Aktion

■ Am 13. März 2001 – 19.30 Uhr im Roten Laden: »Borsigwalder Forum« zum Thema: »Porto Alegre und die Wege zur Sozialen Gerechtigkeit in Europa« mit Dr. Lutz Brangsch, Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

■ Am 24. März 2001 – 14.00 Uhr Mitgliederversammlung der Reinickendorfer PDS im Roten Laden, Schloßstraße 22, in Berlin-Tegel zum Thema: »Bomben auf Belgrad«

■ Am 31. März 2001 - 13.00 Uhr im Roten Laden »Braunzonen – Die Ausbreitung rechtsextremer Unkultur im Alltag« mit Margitta Fahr, Zentrum für Demokratische Kultur (eine Veranstaltung der Hellen Panke e.V.)

■ Am 3. April 2001 – 19.30 Uhr im Roten Laden »Borsigwalder Forum« zum Thema: »Unter Geiern: Kapitalgetriebene Globalisierung und sozialer Widerstand – Das Beispiel ATTAC!« mit b21.

Braunzonen: Geheime Zeichen

Die Ausbreitung rechtsextremer Un-Kultur im Alltag Von Marian Krüger, Mda

In den letzten Jahren haben nicht nur rechtsextreme Gewalttaten einen bedrohlichen Aufschwung genommen, sondern es kam auch zu einer ebenso rasanten Entwicklung einer rechtsextremen Subkultur. Vor allem CD's von Nazi-Bands finden mittlerweile millionenfache Verbreitung. Zugleich werden bestimmte Markenwaren, wie »londsdale«, »fred perry« und »helly hanson« von rechts ideologisch aufgeladen. Gemeinsam mit den Enblemen und Symbolen aus der NS-Zeit und einem obskuren Germanenkult bilden sie kulturelle codes, die oft unbekanntes Zeichen einer rechtsextremen Subkultur. Der Auseinandersetzung mit dieser Unkultur stehen Ignoranz und Kenntnislosigkeit öffentlicher

Institutionen gegenüber. Häufig besteht keine Klarheit über die tatsächliche Bedeutung der rechtsextremen Subkultur. Sie wird nicht als ein zentrales Projekt der politischen Hegemoniebestrebungen der Rechtsextremen im Zusammenhang mit der Etablierung sogenannter national befreiter Zonen begriffen und daher nur unzureichend bekämpft. Hinter dem offenen, militanten Auftreten des Rechtsextremismus steht somit der oftmals unbemerkte und unwidersprochene Kampf um kulturelle Gegenmacht. Er findet in überschaubaren öffentlichen und privaten Räumen, in Wohnvierteln, Jugendklubs und Schulen statt.

Deswegen haben wir uns in Zusammenarbeit mit der »Hellen

Panke« entschlossen, eine Veranstaltung anzubieten. Interessierte können Kenntnisse über die wichtigsten Nazi-Bands & Plattenlabel, Musik- und Fanmagazine erhalten. Welche Erfahrungen gibt es in der Bekämpfung ihrer Ausbreitung? Welche Symbole und Enbleme werden in der rechtsextremen Subkultur verwendet, und welche davon sind strafrechtlich relevant?

Die Veranstaltung findet am Samstag, den 31.3., um 13.00 Uhr, im Roten Laden statt. Eingeladen haben wir die bekannte Rechtsextremismusexpertin, Margitta Fahr. Es ist unser Beitrag für die Aktivitäten im Rahmen des Bündnis für ein offenes und tolerantes Reinickendorf.

Infos unter www.helle-panke.de

Schlagzeilen

Aus der BVV vom 21. Februar



Von Klaus Rathmann

Projekt Tegeler Hafen:

Nun ist es geschehen, die Fa. Ren-taco AG musste am 14. Februar 2001 den Insolvenzantrag stellen. Dazu meint die CDU, wenn dieser Investor ausfällt, dann wird eine kompetente Neubewertung der Insel und des Festlandes vorgenommen. Dazu unser Vorschlag an den Baustadtrat Dr. Michael Wegner: Ignorieren Sie bei dieser Neubewertung nicht wieder die Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern, dokumentiert durch 5.500 Unterschriften!

Tiefbauamt begünstigt CDU:

Beim Tiefbauamt Reinickendorf wird die politische Öffentlichkeitsarbeit der Parteien unterschiedlich gesehen. Wie lässt es sich sonst erklären, dass außer der CDU keine andere Partei eine Infostandgenehmigung z.B. für die Fußgängerzone Gorkistraße in Tegel bekommt?

Auf eine entsprechende mündliche Anfrage in der BVV entgegnete Baustadtrat Dr. Wegner von der CDU, seine Partei habe bereits seit längerem eine Dauergenehmigung. Parteien mit einer derartigen Dauergenehmigung scheinen nach Auffassung des Tiefbauamtes Reinickendorf bei Bauarbeiten nicht zu stören.

Deshalb werden auch wir umgehend eine Dauergenehmigung beantragen. Auf die Antwort sind wir gespannt. Dann aber bitte schriftlich, wie es sich für eine Behörde gehört. Reinickendorfer Landrecht mag die Möglichkeiten von Parteien außer der herrschenden beschränken, aber nicht das Verwaltungsrecht zu ändern.

Schließung des Beyschlagtunnels:

Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf sieht anscheinend keine andere Möglichkeit als den Verkehr durch die verkehrsberuhigte Ruppiner Chaussee zu leiten. Gefordert wurde auch, den Schwerlastverkehr weiterhin auf einer offenen Spur der Autobahn zu belassen. Bisher fanden solche Vorschläge jedoch bei der zuständigen Senatsverwaltung kein Gehör.

Wir meinen jedoch, dass auch der Individualverkehr eine wachsende Gefährdung und Belästigung der Bürgerinnen und Bürger in Heiligensee darstellt. Deshalb also: Warum nicht wieder eine Bürgerinitiative? Wir würden sie gerne unterstützen!



Voller Roter Laden bei der Veranstaltung mit Petra Pau am 13. Februar

Foto: Erich Wehnert

Wir sind drin!

PDS Reinickendorf mit eigener web-site

Wollen Sie den Bezirksvorstand der PDS einmal von Angesicht sehen? Möchten Sie sich über die aktuellen Veranstaltungsangebote der PDS Reinickendorf informieren? Wissen Sie immer noch nicht, wo der Rote Laden ist?

Antworten auf diese Fragen können Sie jetzt im Internet unter www.pds-reinickendorf.de finden.

In eigener Sache

Diese Reinickendorfer Beilage zur Landeszeitung der PDS wird vom Bezirksverband finanziert. Sie erreichen uns im »Roten Laden«, Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel, Telefon 43 73 26 30, Fax 43 73 26 32 E-Mail: pds.reinickendorf@t-online.de Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto-Nummer: 43 84 81 68 12.

Impressum

Herausgegeben vom PDS-Bezirksvorstand Reinickendorf. V.i.S.d.P.: Robert Scholz. Diese Beilage erscheint einmal monatlich in der LAZ.

Eltern werden zu Bittstellern

Neues Verfahren ist bürokratisch und datenschutzrechtlich umstritten

Auch der 3. Entwurf für eine Rechtsverordnung zum Kitaanmeldeverfahren ist ein Skandal für einen sozialdemokratischen Senator. Nach den Plänen der Böger-Verwaltung soll der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte für Kinder von drei bis sechs Jahren von bisher sieben auf fünf Stunden reduziert werden, wenn keine Berufstätigkeit bzw. ein besonderer Förderbedarf nachgewiesen wird. Kinder unter zwei Jahren und im Grundschulalter werden keinen Platz erhalten, wenn die Eltern ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz sind. Ausnahmen: Eltern, die nachweislich Arbeit suchen oder besondere pädagogische oder soziale Gründe angeben. Andere werden gezwungen, sich selbst beim Jugendamt ihrer Defizite bei der Erziehung zu bezichtigen. Auch würden dann alle Kinder von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern, von Alleinerziehenden, die zu Hause sind, sowie von Nichtberufstätigen



Von Renate Herranen

wie Hausfrauen von der Förderung und Bildung ausgeschlossen. Das trifft besonders die Kinder nichtdeutscher Herkunft. Ihnen wird praktisch das Erlernen der deutschen Sprache so gut wie unmöglich gemacht. Für alle gilt die Verkürzung der Anmeldefrist bis zum 28. Februar. Alle müssten umfangreiche, sehr persönliche Daten angeben, die das Jugendamt nichts angehen.

Kitas sind Bildungseinrichtungen und nicht Aufbewahranstalten. Sie sind der Ort, an dem das lebenslange Lernen beginnt. In der Kita machen die Kinder soziale Lern- und Demokratieerfahrungen. Neben der Verantwor-

tung der Eltern gibt es auch die der Gesellschaft für die Entwicklungschancen der Kinder zu demokratischem Bewusstsein und tolerantem Verhalten. Mit dem Ausschluss von immer mehr Kindern werden die Reden von Integration der Menschen nichtdeutscher Herkunft und des Kampfes gegen die braune Gesinnung in den Köpfen junger Menschen zu hohlen Phrasen.

Das Bündnis für Kinder forderte den Senator Böger schon am 15. März 2000 auf, dieses Anmeldeverfahren zurückzuziehen. Ohne Erfolg: es soll im Betreuungsjahr 2002/2003 in Kraft treten. Das ist Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Schwächsten, unserer Kinder.

Dem Bündnis für Kinder gehören denn auch neben den Gewerkschaften, den Elternausschüssen, den Wohlfahrtsverbänden die Parteien Bündnis 90/Die Grünen und die PDS an, aber nicht die SPD. Die »neue Mitte« hat wohl keine Kinder?